

Trotz unseres Hinweises in der GR-Sitzung am 21.01.2015, dass lt. § 22 Abs. 1 Sächs. Gemeindeordnung, an den Einwohnerversammlungen Gemeinderäte für Fragen der Einwohner zur Verfügung stehen müssen, wurde vom stellv. BM Schieber auch für nachstehend dokumentierte Einwohnerversammlung versäumt, wenigstens einen Vertreter jeder Fraktion aus unserem Gemeinderat dazu einzuladen. Trotzdem nahm auch hier unser Gemeinderat Peter Klemmer (Parteilose Wähler) an dieser Versammlung als Zuhörer teil. Weitere Teilnehmer unserer Wählervereinigung waren Frau Gude und Herr Kahl.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen haben wir die Namen zu den einzelnen Wortmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern des Ortsteiles Oppitz durch Pseudonyme ersetzt.

Information zur Einwohnerversammlung im OT Oppitz, am 11.02.2015

Wiedergabe der angesprochenen Themen und Diskussionen nach Mitschriften

Der **stellv. BM Gerd Schieber** eröffnete die Versammlung und begrüßte die Oppitzer Einwohner und Gäste ganz herzlich zur Versammlung.

Als Grund für die einberufene Einwohnerversammlung nannte er, dass es in den letzten Wochen in Königswartha und den Ortsteilen zu unterschiedlichen Meinungen, die Kommunalpolitik betreffend, gekommen sei; eventueller Erklärungsbedarf könnte notwendig sein. Der Rücktritt von Bürgermeister Paschke sei das Resultat dieser Unklarheiten.

Die Bürgermeisterwahl wurde auf den 12.04.2015 vorverlegt und er möchte die Gelegenheit nutzen, sich als Stellvertreter vorzustellen und in allen Ortsteilen Versammlungen bis zur Wahl durchzuführen.

Dabei möchte er sachliche Meinungen und Fragen aufnehmen und diese eventuell auch sachlich diskutieren oder kurzfristig beantworten. Zur Unterstützung hat er sich die Amtsleiterinnen Nytsch und Pfeiffer mitgenommen und Frau Rodig, die in Oppitz aus alten Zeiten noch bekannt sein dürfte.

Unter den Anwesenden sieht er auch viele Gemeinderäte und mindestens 3 Bürgermeister-Kandidaten. Wenn es einer von diesen Dreien wird, könnte er gleich mal sehen, wie die Stimmung von Oppitz so ist.

Er würde zum ersten Mal diesen Raum hier sehen, staunt darüber und freut sich, wie schön dieser sei.

Wenn er richtig informiert ist, sei vorgestern Abend auch Oppitz nicht davon verschont geblieben und hätte solche Zettel in die Briefkästen bekommen. Aufmerksame Oppitzer Bürger hätten sich die Autokennzeichen aufgeschrieben, von denen, die die Zettel verteilt haben.

Ein Bürger rief laut: Habt ihr Langeweile oder was, wo ist denn das Problem?

Der stellv. BM Schieber antwortete darauf, dass die Verteiler diesen Zettel als freie Meinungsäußerung ansehen würden, er kennt aber auch andere, die dazu Hetzblatt sagen.

Weiterhin informierte er u. a wie folgt:

- er möchte seine befristete Amtszeit nutzen, um Probleme aufzunehmen und Lösungen herbei zu führen
- er versucht, das Vertrauen der Beschäftigten zu erlangen, um sie zu motivieren und ihr Selbstbewusstsein zu stärken
- er hat auch Belegschaftsversammlungen in der Versorgungs GmbH durchgeführt, um den Leuten zu sagen, dass sie sich mit der Gemeinde identifizieren müssen

- manchmal bekommt er auch gesagt, dass etwas nicht geht, weil die Gesetzhaltungen anders sind, aber er macht es dann trotzdem
- trotz knapper Kassen will er versuchen, dass Königswartha nicht abstirbt und die Ortsteile nicht im Dreck versinken
- Fördermittel müssen ergründet werden und Sonderförderprogramme, z.B. über die Touristische Gebietsgemeinschaft
- das Konsolidierungsprogramm belastet alle, aber da müssen wir durch; wenn das einigermaßen eingehalten wird, können wir im nächsten oder übernächsten Jahr wieder an die eine oder andere Investition denken; so, wie hier auch das Feuerwehrclubhaus entstanden ist
- er will auch die Rolle der Versorgungs GmbH aufwerten; die Unterhaltung der Medien wird ja bereits durchgeführt, aber auch der Winterdienst und die Rasenmähd
- er will versuchen, irgendwo Mittel zu erschließen
- wichtig dabei ist die Unterstützung von allen Bürgern in Eigeninitiativen
- wichtig ist es auch Sponsoren zu gewinnen; er denkt dabei an jemanden, der an Königswartha etwas verdient, wie z.B. die Energieträger und das Kaolinwerk (wegen der Einschnitte in die Natur)
- Oppitz sei ein herrliches Dorf, er fährt hier sehr gerne durch
- in Oppitz floriert das Kulturleben (Hexenbrennen, Pflingstsingen)
- es muss wieder mehr Miteinander geben und nicht Gegeneinander, damit sich das Dorf ein bisschen entwickelt

Dann bat er die Anwesenden Fragen zu stellen und Probleme anzusprechen.

Bürger A interessiert sich für die Höhe der Verschuldung der Gemeinde und möchte wissen, wie diese Schulden entstanden sind und wo dabei die Hauptschuld zu suchen ist.

Stellv. BM Schieber bittet Frau Pfeiffer um Beantwortung.

Frau Pfeiffer informiert u. a. wie folgt:

- die Wohnbau und die Versorgungs GmbH wurden aus der Gemeinde ausgegliedert
- es gibt eine pro-Kopf-Verschuldung von ca. 700 €; im Vergleich zu anderen Gemeinden sei das zwar nicht üblich aber auch nicht schlimm; es sei so, wie in jedem anderen Unternehmen auch. Für Investitionen muss Fremdkapital aufgenommen werden
- Durch die Eingliederung von Wartha wurden hohe Kredite aufgekomen, die zur Gesamtverschuldung gezählt werden und jetzt mit abzuzahlen sind.
- auch die Schulden der Wohnbau werden mitgezählt, dabei handelt es sich allerdings noch um Schulden aus DDR-Zeiten und weit davor

Bürger A möchte, dass Frau Pfeiffer die Verschuldung genauer darstellt.

GR Dr. Weise ergreift das Wort und informiert u. a. wie folgt:

- einiges sei nicht richtig dargestellt, das sei den Leuten geschuldet, die „uns“ übel gesonnen sind und die die Schulden der Wohnbau mit denen der Gemeinde verbinden wollen. Seiner Meinung nach sei es nicht legitim, dass diese Schulden bei der Gemeinde mit aufgerechnet werden.
- wenn diese Schulden abgezogen werden, steht Königswartha nicht schlechter da, als viele andere Gemeinden
- Königswartha habe 1,8 Mio. Altschulden von der Wohnbau übernommen
- für die Sanierung der Wohnbau wurden 10 Mio. Kredit aufgenommen
- die Wohnbau hat die Chance, ca. 2,5 Mio. als „sogenannten Rangrücktritt“ langsam abzugeben. Das kann nicht auf einen Schlag geschehen, da dabei wieder steuerliche Nachteile entstehen würden
- die genannten Summen sind zwar erheblich, aber es kann nicht sein, dass man diese der Gemeinde so einfach hinzurechnet
- überall ist festzustellen, dass die finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden einfach zu gering ist, das wird auch beim Städtebund angeschoben, da ist bisher nichts gemacht worden, weil unsere Finanzminister die schwarze Null anstreben,

- wenn unsere Gemeinde große Objekte plant, wie das Sportvereinshaus, das Gutsgelände und das Feuerwehrgerätehaus, dann kommt sie an die Grenze des Möglichen
- im Fall des Feuerwehrgerätehauses, was ja eine Pflichtaufgabe war, ist die Gemeinde ins Schleudern gekommen. Soweit sind seine Erklärungen dazu.

Ein Bürger möchte wissen, wie es konkret dazu gekommen ist.

Stellv. BM Schieber sagt, dass Frau Hultsch dazu etwas sagen möchte.

Frau Hultsch informiert u. a. wie folgt:

- die Altschulden der Wohnbau stammen aus der Wendezeit, als die Plattenbauten errichtet und der Gemeinde übertragen wurden, einschl. der Kredite
- für jeden zurückgebauten m² Wohnfläche erhält die Wohnbau GmbH einen Schulderrass von 50 €
- durch die Zusammenführung der Kredite wurden weitere 5 Mio. Kredit erlassen
- der derzeitige Stand des Kredits liegt bei 3,97 Mio. Euro
- da die Wohnbau ein Sanierungs- und Konsolidierungskonzept hat, würde die DAB weitere 1,9 Mio. Euro erlassen
- die Gemeinde haftet mit keinem Euro bei den Krediten der Wohnbau bzw. der Versorgungs GmbH
- es gibt keine Bürgschaft dazu durch die Gemeinde
- für den Fall, dass die Wohnbau oder die Versorgungs GmbH Insolvenz anmelden sollte, muss die Gemeinde nichts bezahlen, da sie ihr Stammkapital eingebracht habe
- die Versorgungs GmbH hat im Abwasser einen Kredit von 231.000 Euro; die jährliche Rückzahlung beträgt ca. 67.000 Euro. Dabei handelt es sich um einen rentierlichen Kredit, der in 3 ½ Jahren abgezahlt ist
- einen weiteren Kredit in Höhe von 112.000 Euro hat die Versorgungs GmbH im Bereich der Fernwärme, der jährlich mit 65.000 Euro abgezahlt wird. Dieser Kredit deckelt sich mit den 45.000 Euro, die von der ENSO für die Verpachtung des Heizhauses bezahlt werden. Auch dieser Kredit wird in ca. 2 Jahren abgezahlt sein. Dann wäre die Versorgungs GmbH fast auf null.
- die Versorgungs GmbH habe im Jahr 2014 für die Sanierung der Paulusschule einen Kredit von 200.000 Euro aufgenommen. Mit dem Schulverein bestünde ein Kreditvertrag über 20 Jahre. Dieser Kredit wird allein aus der Vermietung, die die Paulusschule an den Schulverein zahlt, gedeckt.

Bürger B möchte wissen, ob die Gemeinde in 4 oder 5 Jahren wieder handlungsfähig sein wird. Derzeit stünde die Gemeinde sinngemäß unter einer Insolvenzverwaltung.

Frau Hultsch informiert u.a. wie folgt:

- diese Information entspreche nicht der Wahrheit
- es gäbe eine Sanierungsvereinbarung mit der DKB und die Kreditverträge sind bis zum Jahr 2023 abgeschlossen
- es dürfte allerdings keine großen Verluste geben (Wegzüge), aber das kann niemand wissen

Bürger B sagt, dass es doch einen Insolvenzverwalter geben würde, oder nicht?

Frau Hultsch sagt, dass dieser nichts mit der Wohnbau oder Versorgungs GmbH zu tun habe.

Bürger B sagt, dass er von der Gemeinde reden würde und dass diese einen solchen haben würde.

Frau Nytsch sagt, dass in der Gemeinde ein Konsolidierer sei und kein Insolvenzverwalter.

Bürger B sagt, dass er das ja auch nur sinngemäß so meinen würde und dass doch nun endlich mal gesagt werden muss, wo die Probleme liegen würden. Er möchte wissen, wo die Gemeinde steht, wo ist welches Geld, wie hoch sind die Schulden, wann sind diese bezahlt und wie soll es dann weitergehen?

Darüber hinaus möchte er wissen, ob Königswartha überhaupt einen hauptamtlichen Bürgermeister benötigt.

GR Dr. Weise sagt, wenn sich einer finden würde und das freiberuflich für 400 oder 800 Euro im Monat machen würde, dann wäre das gut, aber das würde keiner machen.

Bürger B kann sich schon vorstellen, dass sich jemand dafür finden würde. Schließlich würden die Gemeinderäte ja auch ehrenamtlich tätig sein. Er spricht wiederholt seine anderen zuvor gestellten Fragen an.

Stellv. BM Schieber sagt, dass das nicht gehen würde. Seine bisherigen 4 Praxiswochen hätten das gezeigt.

Zu den vorangestellten Fragen antwortet er u. a. wie folgt:

- es wäre schon alles gesagt worden
- das Konsolidierungsprogramm sagt aus, dass innerhalb von 5 Jahren die Schulden abgebaut sind
- 700 Euro pro Kopf sind zu viel, das ist auch seine Meinung
- dabei handelt es sich überwiegend um außerplanmäßige Leistungen, die einfach ausgegeben wurden; er konnte dabei nichts machen; die wurden „uns“ als Gemeinderat in den letzten 10 Jahren unter die Weste gejubelt
- der Prof. Svarovsky, der uns saniert, hat z.B. in Lohsa, Hoyerswerda und Großpostwitz mit Erfolg gearbeitet; ohne ihn geht es nicht
- es gibt auch Einschnitte bei den Gehältern der Angestellten und diese hätten nicht Hurra geblökt, wie jetzt alle Bürger auch nicht Hurra schreien würden und „uns“ dafür um den Hals fallen.

Bürgerin C möchte wissen, welche Einsparungen bzw. Ausgaben auf Oppitz zukommen würden.

Stellv. BM Schieber sagt, dass Oppitz genauso behandelt wird, die alle anderen Ortsteile der Gemeinde.

Bürger D sagt daraufhin: Also so, wie vorher, nämlich nichts.

Stellv. BM Schieber möchte wissen, wo Oppitz nicht unterstützt worden sei?

Bürger D sagt: Ach hör auf.

Bürger E sagt, dass in der Zeitung gestanden habe, dass es eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2000 Euro geben würde.

Stellv. BM Schieber sagt, dass das richtig sei und er eben versucht hat, das zu erklären. Und wenn z.B. Wilthen ...

Bürger E fällt ihm ins Wort und sagt, dass es hier um Königswartha geht und nicht um Wilthen.

Stellv. BM Schieber sagt, dass sich Wilthen mit den Plattenbauten verschuldet habe.

Bürger F sagt, dass es in der näheren Umgebung auch andere Beispiele geben würde, wie z. B. Großdubrau. Dort sei die Verschuldung um ein Vielfaches geringer.

Stellv. BM Schieber sagt, dass es um ein vielfaches weniger als 2000 sei, aber nicht so viel weniger, als die 700, die jetzt angesetzt werden.

Bürger F sagt, dass er in der Zeitung gelesen habe, dass die Po-Kopf-Verschuldung in Großdubrau weit weniger als 100 Euro betragen würde.

Stellv. BM Schieber sagt, dass das Quatsch sei und dass es ca. 300 Euro sein würden.

Bürger F sagt, dass hier der Anschein aufkäme, dass es in Königswartha gar nicht so schlimm aussehen würde und dass alles gut sei. Aber so ist es nicht. Die Gemeinde sei am Rand des Ruins! Außerdem hätte es sicher einen Grund gegeben, dass der Bürgermeister vorzeitig zurück getreten ist. Zudem habe die Gemeinde einen Konsolidierer, der sich in der Wirtschaft Insolvenzverwalter nennt. Das würde doch bedeuten, dass etwas nicht so gelaufen ist, wie es hätte laufen sollen. Und wir Bürger haben das Ergebnis bekommen. Die Steuern werden höher. Königswartha liegt mit den Grundsteuern in Deutschland mit an der Spitze. Königswartha habe 442 und der Durchschnitt würde bei 450 liegen. Das würde ihm zu denken geben.

GR Barthel sagt, dass sich die Grundsteuer aus dem Grundmessaufschlag ergeben würde und dem Hebesatz. Hier sei der Grundmessaufschlag ein ganz anderer und dazu käme dann noch der Hebesatz. Vielleicht kann dazu Frau Pfeiffer noch etwas sagen.

GR Dr. Weise informiert, dass Königswartha viele Jahre unter dem Sächsendurchschnitt gelegen habe.

Das würde sich auch auf die Schlüsselzuweisungen auswirken. Im Rahmen der Haushaltssanierung können die Steuern nicht so tief gehalten werden. Die Grundsteuer B musste etwas über den Landesdurchschnitt angehoben werden und auch die Hundesteuer. Es gäbe das Vorhaben, nach 5 Jahren wieder zurück auf den Landesdurchschnitt zu gehen, aber er nimmt an, dass dieser dann auch so hoch ist.

Bürger F sagt, dass Sachsen bereits bundesweit ganz weit oben liegen würde und wenn Königswartha jetzt noch über dem Landesdurchschnitt von Sachsen liegt, dann zahlen die Bürger von Königswartha die höchsten Steuern in Deutschland.

GR Dr. Weise sagt, dass es besser sei, wenn vom Durchschnitt gesprochen wird.

Bürger F sagt, dass das für ihn nicht nachvollziehbar sei. Überall wird erzählt, dass das Bruttoinlandsprodukt im Osten geringer als im Westen ist, aber überall zahlen „wir“ das meiste.

GR Dr. Weise sagt, dass eine Gemeinde riesige Verpflichtungen haben würde, mit Gebäuden usw.

Bürger F fragt, warum das bei uns anders ist?

GR Barthel sagt, dass das an der Kreisumlage und an den Schlüsselzuweisungen liegen würde. Das Geld, das die Gemeinde bekommt, würde gleich wieder weg gehen. Die Gemeinde würde nur von Steuereinnahmen leben.

Frau Pfeiffer informiert, dass sich die Schlüsselzuweisungen aus der Steuermesskraft des Landes Sachsen ergeben würden. Die Kreisumlage, die an den Kreis Bautzen zu zahlen ist, sei in diesem Jahr höher, als die vom Land überwiesenen Schlüsselzuweisungen. Die Gemeinde würde demzufolge eins zu eins die Schlüsselzuweisungen nach Bautzen geben, plus Gewerbesteuer, die in Königswartha erwirtschaftet wird und mit der Summe, die dann übrig bleibt, kann nicht mehr viel angefangen werden.

Bürger F möchte wissen, welche Anstrengungen die Gemeinde unternommen hat, um Gewerbe anzusiedeln?

GR Dr. Weise sagt, dass das Gewerbegebiet in Königswartha voll ist. Es müsste ein neues Gewerbegebiet erschlossen werden. Das geht aber nicht, weil das wahnsinnig viel Geld kosten würde. Die

neuen Wirtschaftsminister von Sachsen hätten gesagt, dass Sachsen nicht mehr mit vielen Gewerbeanmeldungen rechnen kann. Also macht Königswartha das auch nicht, weil die Nachfrage nicht da ist. Die Grundstückspreise für Eigenheime wurden drastisch gesenkt, die Schul-Bedingungen sind gut und Königswartha hat zahlreiche florierende Vereine.

Bürger F gibt zu bedenken, dass es nicht besser wird, wenn kein neues Gewerbe zu erwarten ist. Auch wenn die Konsolidierung erfolgreich sein sollte, kann die Gemeinde langfristig nicht mit mehr Einnahmen rechnen.

GR Dr. Weise informiert, dass der Bund beschossen hat, oder Sachsen, dass die Kommunen für dringende Straßensanierung etwas bekommen und das soll erheblich sein.

Er hofft, dass die Versuche, die Gemeinden besser auszustatten, endlich fruchten mögen, da es sich der Staat nicht leisten könne, dass immer mehr Gemeinden bankrott gehen.

Bürger F sagt, dass hier eine langfristige Betrachtung nötig sei, sonst würde sich an der Gesamtsituation nichts ändern.

Bürger H sagt, dass das zu DDR- Zeiten auch nicht anders gewesen sei.

Stellv. BM Schieber möchte wissen, ob es weitere Fragen gibt?

Bürger G sagt, dass er bisher immer noch nicht eine konkrete Summe gehört habe. 700 Euro pro Kopf? Er möchte wissen, wie viele Einwohner die Gemeinde noch hat.

Frau Pfeiffer sagt: 3800 oder so was... *)

GR Dr. Weise sagt: 3800? Ach, mehr!

Frau Nytsch sagt: Keine Ahnung. Irgendwas um die 3000. *)

Bürger H sagt, dass sie das doch wissen müssen.

Bürger G sagt, dass ein Bevölkerungsschwund zu erkennen sei und dass die Gemeinde dafür sorgen muss, dass Arbeitsplätze geschaffen werden und dass das ja bisher sogar verhindert wurde.

Stellv. BM Schieber informiert, dass es im Gewerbegebiet ca. 350 Arbeitsplätze geben würde. Er hat vor, mit den Firmen und Gewerbetreibenden zu sprechen. Die Fa. Kluge habe viele Einzelbetriebe, PURTEC usw. Selbst möchte er sich nicht erwähnen. Er möchte wissen, welche Betriebe dort vertrieben wurden und denkt, dass damit Photovoltaik gemeint ist. Aber das wären maximal 15 deutsche Arbeitsplätze gewesen. Fluktuation sei eine ganz normale Erscheinung.

Königswartha hatte mal 2500 Einwohner und durch den Plattenbau waren es 5000 und dann habe der Schwund eingesetzt. Dort sollten die Führungskräfte der Mechanischen Werkstätten wohnen, aber die sind in Hoyerswerda oder Bautzen geblieben. Königswartha würde sich ebenso wie Hoyerswerda zurück entwickeln. Daran sei der Sozialismus Schuld.

Bürger H sagt, dass in Königswartha in den letzten 25 Jahren die CDU regiert habe und dass entlang der B 96 alle Gaststätten geschlossen sind. Er möchte wissen, warum das so ist? Das Kaiserreich, die Nazis und die Kommunisten hätten das zuvor nicht geschafft, aber Königswartha schafft das!

Stellv. BM Schieber sagt, dass er das nicht so sieht, aber auch er würde diesen Zustand bedauern. Es sei für ihn nicht verständlich, warum Frau Härtel das Waikiki geschlossen habe, angeblich war die Miete zu hoch. Familie Härtel hat sich auf Niesendorf und Neschwitz beschränkt. Im Sportvereinshaus

versucht sich auch ein Neuer, aber auch der wird nicht so richtig angenommen. Er denkt, dass das am Umsatz liegt und dass der fragestellende Bürger einfach mehr Kumpels organisieren muss, die dann mit ihm trinken gehen.

Bürger H meine Frage ist, wie das innerhalb von 25 Jahren passieren konnte?

Stellv. BM Schieber sagt, dass die Gemeinde niemandem in Königswartha verboten habe in die Kneipe zu gehen.

Bürger H sagt, dass hier das Prinzip Ursache-Wirkung erkennbar sei. Die CDU sei 25 Jahre in der Verantwortung gewesen und hat nichts dagegen unternommen.

GR Eichler sagt, dass alle wissen, dass es in Königswartha sehr viele Vereinshäuser geben würde und die sind wesentlich preisgünstiger, als Gaststätten. Die Gaststätten hätten alle auf Kunden gewartet, aber niemand ist gekommen.

Bürger H sagt, dass das doch nicht der alleinige Grund war und dass man dagegen etwas hätte machen müssen.

Stellv. BM Schieber sagt, dass er das genauso sieht. Er ist aber auch der Meinung, dass die Getränkestützpunkte den Gaststätten die Leute wegnehmen, weil es dort billiger ist.

Außerdem sei es auch die Schuld der Gastwirte, weil die es in der Hand haben, was sie aus ihrer Gaststätte machen. Es gibt viele, die haben eine Stammkundschaft und das hat in Königswartha nicht funktioniert und eben das hat auch bei Härtels nicht funktioniert.

Bürger H fordert, dass die Gemeinde attraktiver werden muss und dass die Gemeindepolitiker etwas dafür unternehmen müssen.

Stellv. BM Schieber fragt, was er machen soll und bittet um Vorschläge.

Bürgerin K sagt, dass die Gemeinde die Steuern senken muss, aber die CDU würde ja alles durchgehen lassen.

Stellv. BM Schieber möchte wissen, ob es weitere Fragen gibt?

Bürger I sagt, dass bekannt wurde, dass die Gemeinde das Dorfclub-Gebäude nicht mehr unterhalten kann.

Frau Pfeiffer sagt, dass das Gebäude normalerweise geschlossen werden müsste, da die Unterhaltung dieses Gebäudeteiles eine rein freiwillige Aufgabe sei. Das komplette Gebäude soll vom Dorfklub übernommen werden. Die Gemeinde würde im Jahr 2500 Euro zuschießen, wobei die Betriebskosten vom Verein getragen werden müssen. Der Verein müsste sich dann darum kümmern, Geld durch Vermietung einzunehmen.

Bürgerin K sagt, dass schon allein die Stromkosten enorm sind und die 2500 Euro nicht ausreichen würden. Für den Verein würde das den Ruin bedeuten.

Frau Pfeiffer erwiderte, dass das nur eine Idee sei und wenn sich keine Lösung findet, müssen solche Gebäude eben geschlossen werden.

Stellv. BM Schieber sagt daraufhin, dass er dieses Problem angehen möchte und dass dazu gemeinsam eine Lösung gefunden wird.

Bürger J informiert, dass bei seiner Umbaumaßnahme die Abstellhähne für das Wasser nicht mehr gefunden wurden. Wenn es einen Rohrbruch geben würde, dann müsste der ganze Ort abgestellt werden. Er möchte wissen, wer für die Wartung zuständig ist. Bisher wurde noch nicht daran gearbeitet.

Er sieht zu GR Schiebschick und sagt, dass dieser ja wüsste, wie danach gesucht wurde.

GR Schiebschick bestätigt das Problem und sagt, dass an dieser Sache gearbeitet wird und dass Unterlagen fehlen; aber es wurden auch welche gefunden, die damals übergeben wurden und dass ein Teilstück bereits repariert wurde.

Bürger J sagt, dass das kein Vorwurf gegen Herrn Schiebschick sein, aber dass diese Sache bereits jahrelang vernachlässigt wurde. Es sei nie etwas gemacht worden und auch daran ist ersichtlich, wie sich die Gemeinde um die Ortsteile kümmern würde.

Frau Hultsch sagt, dass diese Problematik zur Versorgungs GmbH gehört und dass es nicht richtig sei, dass nichts gemacht wurde. Die GmbH habe sich mit der Digitalisierung der Netze beschäftigt und die betreffenden Unterlagen müssen auch vorhanden sein. Es gäbe ein Budget, welches in den Wasserkosten enthalten ist und wenn sie angesprochen wird, z.B. wegen einer Verlegung, dann kümmert sich die GmbH selbstverständlich auch zeitnah darum.

Bürger J sagt, dass dieses Problem schon seit längerer Zeit besteht und dass es der GmbH auch schon lange bekannt sein müsste.

Frau Hultsch sagt, dass sie darüber nicht informiert sei, da sie das Leitungsnetz ohne Pläne und Belege übernommen habe.

Stellv. BM Schieber sagt, dass die Bestandspläne das Problem sind und dass er dabei ist, dieses Problem zu lösen. Im Gewerbegebiet sei das auch so schlimm. Dort muss alles modernisiert und digitalisiert werden, aber er wird das schon machen.

Bürger J informiert, dass sich im Abflussgraben hinter der Brücke ein Stau gebildet hat und dort bald nichts mehr ablaufen kann. Er möchte wissen, wohin er sich wenden kann, damit der Zustand behoben wird.

Frau Nytsch informiert, dass es für das kommende Jahr wieder ein Budget für die Gräben geben würde.

Er kann sich bei der Gemeinde melden, dann käme ein Fachmann vor Ort. Die Gemeinde habe ja auch jedes Jahr in Oppitz den Feuerwehrgraben sauber gemacht.

Bürger J sagt verwundert, dass er davon nichts weiß und dass das die Oppitzer Bürger selber gemacht haben.

Frau Nytsch freut sich darüber und sagt, dass das sehr lobenswert sei, weil die Gemeinde im letzten Jahr nichts machen konnte, wegen der Haushaltssperre. Sie durfte keine Aufträge auslösen. Aber in diesem Jahr, wenn der Haushalt bestätigt ist, das soll im März geschehen, dann kann natürlich wieder etwas gemacht werden.

Stellv. BM Schieber gibt zu bedenken, dass hier einige gar nicht fertig werden, mit dem Mitschreiben und dass ein Prioritätenplan für Bauvorhaben erstellt wurde, damit man Vorstellungen hat und später nicht planen muss. Auch für Straßen und Radwege wurde ein solcher Plan erstellt und wenn er an Königswartha und Milkel denkt, was nicht einfach wird, aber dass er das machen wird.

Bürger K sagt: Dafür seid ihr doch gar nicht zuständig. Kümmert euch um das Wichtige!

Stellv. BM Schieber sagt „Nein“ und dass er einen Termin hat mit dem Straßenbauamt und dass er denen eine Liste geben will, falls mal ein warmer Regen kommt, dann kann es mit dem Straßenbau losgehen.

Es gäbe ja schon gute Beispiele. In Caminau/Wartha sei er schon auf einem guten Weg. Er habe einen Termin beim Bezirk und dort will er die überzeugen, dass der Radweg nicht über das Grundstück von Bieberstein geht.

Frau Nytsch ergänzt, dass es sich dabei auch um einen Radweg handelt, den nicht die Gemeinde finanziert.

Stellv. BM Schieber sagt, dass das sowieso nicht der Fall sei.

Bürger L sagt, dass sich der Drobener Weg auch in einem sehr schlechten Zustand befinden würde und ob da nicht etwas getan werden kann. Er schlägt vor, diesen Weg für den Durchgangsverkehr zu sperren.

Stellv. BM Schieber sagt, dass er sich demnächst wohl ein blaues Auge einhandeln wird, da er dabei ist, eine Eingabe zu machen; es geht um Oppitz/Droben und Johnsdorf/Hahneberge. Eutrich/Truppen ist ebenso in einem schlimmen Zustand. Die Waldbesitzer holen ihr Holz raus und dann sind die Wege kaputt. Das muss sich ändern.

Bürger M möchte wissen, wieso kurz vor dem Rücktritt von Herrn Paschke noch 341.000 Euro ohne Gemeinderatsbeschluss ausgegeben wurden.

Ein Gemeinderat ? sagt: Wofür, tja, wenn wir das wüssten!

Bürger N sagt: Sie sind doch der Gemeinderat.

Frau Pfeiffer informiert, dass diese Ausgaben schon vorher entstanden sind und dass es sich dabei um Ausgaben handelt, die mehr ausgegeben wurden, als im Jahr 2013 geplant gewesen sei. Dazu habe es vom Gemeinderat einen Beschluss zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben gegeben, da diese Ausgaben ohne Planansatz ausgegeben wurden. Das sind z.B. 58.800 Euro für Winterschäden an Straßen gewesen, aber dagegen standen 50.000 Euro Fördermittel auf der Seite der Einnahmen. Bei der Erstellung des Planes waren diese Gelder nicht ersichtlich. Dann mussten 24.700 Euro für die Abwasserabgabe gezahlt werden. Diese Abgabe musste für zwei Jahre geleistet werden, das wurde von der Landesdirektion Dresden so festgelegt und dann wurden die 10.000 Euro bei der Haltung der Feuerwehrfahrzeuge überschritten, weil die alte Drehleiter repariert werden musste und das waren 17.000 Euro und die waren nicht eingeplant.

Bürger M sagt, dass das jetzt erst 25.000 Euro waren und möchte wissen, wie sich der Rest zusammensetzt.

Frau Pfeiffer sagt, dass sie ihm die ganze Liste zeigen kann und dass es Ausgaben waren, die nicht gerechtfertigt waren, aber ganz einfach ausgegeben werden mussten.

Bürger F gibt zu bedenken, dass man kein Geld ausgeben kann, was man nicht hat.

GR Dr. Weise sagt, dass das auch am Feuerwehrgerätehaus liegen würde.

Bürger F wendet sich an Dr. Weise und sagt, dass es sich bei 340.000€ um 50% der gesamten Schulden handeln würde, die überplanmäßig innerhalb von so kurzer Zeit ausgegeben wurden.

Stellv. BM Schieber sagt: außerplanmäßig.

Bürger F wendet sich an Herrn Schieber und sagt, dass dieser doch wissen müsse, ob außerplanmäßig oder planmäßig und dass man kein Geld ausgeben kann, was man nicht hat.

Stellv. BM Schieber sagt dazu nur: Richtig.

Bürger F sagt, dass dafür doch der Gemeinderat verantwortlich gewesen sei und dass dieser den Ausgaben doch zugestimmt habe.

Stellv. BM Schieber sagt, dass diese Kosten 2013 entstanden sind und auch davor und dass es immer außerplanmäßige Ausgaben geben würde, die auch bezahlt werden müssen.

Bürger F fordert, dass die Liste vorgelesen wird.

Frau Pfeiffer informiert, dass es auch in den Jahren zuvor immer über- und außerplanmäßige Ausgaben gegeben habe. Bis 2011 sei das aber immer noch durch die Rücklagen finanziert worden. Aber am Ende des Jahres 2011 waren dann alle Rücklagen verbraucht.

Stellv. BM Schieber möchte wissen, ob es noch weitere Fragen gibt.

Bürger H möchte wissen, warum die riesige Fläche auf dem Gutshof asphaltiert wurde, er würde den Sinn dieser Maßnahme nicht verstehen.

Stellv. BM Schieber erklärt, dass der Gutshof im Bereich der Ortskernsanierung liegt und weil es sich dabei um einen Schandfleck gehandelt habe, hat man den Platz in einen ordentlichen Zustand versetzt. Dort können nun Märkte abgehalten werden. Er wüsste nicht, was daran falsch sei.

Bürger H ist der Ansicht, dass es einen gepflasterten Marktplatz gibt, der dafür genutzt werden kann.

Stellv. BM Schieber sagt, dass dieser für große Feste nicht ausgereicht habe und dass es jeden Freitag auf dem Marktplatz doch Markttreiben geben würde.

Bürger H sagt, dass z.B. der Weihnachtsmarkt überall auf den Marktplätzen stattfindet und nur in Königswartha ausgelagert wurde. Er ist der Ansicht, dass es notwendige Dinge gibt, die den Bürgern mehr dienen würden.

Stellv. BM Schieber sagt wiederholt, dass sich dieser Platz im Förderprogramm befindet.

Bürger H ist der Meinung, dass es nicht in dieser Größenordnung passieren musste und dass es auch einfacher gegangen wäre.

Bürger K möchte wissen, warum auf diesem Platz bunter Asphalt aufgebracht wurde und dass dieser wesentlich teurer sei, als normaler.

Stellv. BM Schieber sagt, dass der nicht wesentlich teurer gewesen sei.

Bürger K sagt, dass es mit Sicherheit teurer war und dass die Brücke ebenso sinnlos sei.

Bürger L sagt, dass bei einer Förderung immer auch ein Eigenanteil zu zahlen ist. Auch bei der Feuerwehr musste ein enormer Eigenanteil gezahlt werden. Für ihn sei es unverständlich, dass derart viel in die Feuerwehr gesteckt wurde und das dadurch diese hohe Verschuldung ausgelöst wurde.

Frau Pfeiffer sagt, dass sie von der Drehleiter gesprochen habe.

Bürger L sagt, dass diese lt. Aussage von Herrn Schieber zu 75 % gefördert wurde.

Frau Pfeiffer informiert, dass das Feuerwehrgerätehaus zu 50 % gefördert wurde und dass die Planung bei 1,55 Mio. Euro lag. Die Hälfte davon waren also Fördermittel. Gekostet habe das Feuerwehrgerätehaus aber 1,89 Mio. Euro, aber die Förderung lag trotzdem nur bei ca. 750.000 Euro. Die Eigenmittel wären zu hoch gewesen und das war der Effekt für die Verschuldung.

Bürger F sagt, dass es sich dabei um ein Grundproblem in jeder Kommune handeln würde. Erst wird gesagt, dass es 2 Mio. kostet und dann werden 4 Mio. ausgegeben und dann kann niemand etwas dafür. Bezahlen müssen es dann die kleinen Leute. Er möchte wissen, warum das Feuerwehrgerätehaus so viel teurer geworden ist und dass es doch öffentliche Ausschreibungsverfahren geben würde.

GR Barthel sagt, dass das ja das Problem sei.

Bürger F sagt, dass er möchte, dass es jeder hier versteht, weil es jeden hier betreffen würde und dass man sich hier auch nicht über den Berliner Flughafen unterhalten müsse, sondern um das eigene Problem, das muss erkenntlich sein.

Stellv. BM Schieber möchte wissen, ob es weitere Fragen gibt. – (Keine Wortmeldungen!)

Daraufhin schlug er vor, die Versammlung nicht weiter hinaus zu zögern, außerdem gäbe es im Anschluss noch ein gemütliches Beisammensein und weitere Diskussionen.

Er bedankte sich für die Disziplin.

Ende 20.15 Uhr

Resümee:

Wie bereits in den vorangegangenen Einwohnerversammlungen wurden auch in Oppitz keine zufriedenstellenden Antworten auf Bürgeranfragen gegeben.

Es ist erschreckend, dass weder der stellv. Bürgermeister, Herr Schieber, noch die Amtsleiterinnen Nytsch und Pfeiffer, wissen, wie viele Einwohner Königswartha derzeit hat.

Das Statistische Landesamt Sachsen gibt Auskunft unter folgendem Link:
http://www.statistik.sachsen.de/download/010_GB-Bev/Bev_Z_Gemeinde_akt.pdf

Zum 30.06.2014 hatte Königswartha einschließlich aller Ortsteile 3604 Einwohner (am 31.12.2008 waren es noch 3864)!

Ebenso kann man über das Statistische Landesamt den Schuldenstand der Kommunen erfahren:

http://www.statistik.sachsen.de/download/100_Berichte-L/L_III_1_j13_SN.pdf

Auf Seite 82 des Jahrbuches von 2013 kann nachgelesen werden, wie es zu diesem Zeitpunkt um Königswartha bestellt war und ebenso in Großdubrau.

Das sich die Schulden in Königswartha nicht verringert haben, ist an der Tatsache zu sehen, dass es eine Haushaltskonsolidierung gibt.

Verehrte Leserinnen und Leser unserer Publikationen,

verschaffen Sie sich unter den angeführten Internet-Adressen selbst einen Überblick und lassen Sie sich keinen Bären aufbinden!

Wir haben uns über viele Antworten von Herrn Schieber, Frau Pfeiffer, Gemeinderat Dr. Weise und weitere Gemeinderäte verwundert und geärgert.

Gewundert haben wir uns allerdings auch über eine Aussage des Stellv. BM Schieber, als es darum ging, dass sich Königswartha zurück entwickelt:

Der Sozialismus ist schuld!

Aha, da haben wir ja das Problem! Wer hätte das gedacht.

Noch eine weitere Aussage von ihm, zur Misere unseres Gaststättenwesens, möchten wir an dieser Stelle hervorheben:

... die Getränkestützpunkte nehmen den Gaststätten die Leute weg ...

Königswartha scheint mit Getränkestützpunkten übersät zu sein; das ist uns noch gar nicht aufgefallen!

Da in der Versammlung mehrfach gefordert wurde, die Auflistung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben aus dem Haushaltsjahr 2013 (Beschlussfassung im September 2014 - ohne Zustimmung von P. Klemmer und A. Rentsch) vorzulesen und dieser Forderung nicht nachgekommen wurde, fügen wir diese hier zur allgemeinen Kenntnisnahme nachfolgend als Anlage an.

**Peter Klemmer und Annemarie Rentsch
Gemeinderäte der Parteifreien Wähler (PFW)**

Königswartha, im Februar 2015

***) Am 18.02.2015 bat Frau Nytsch Herrn Klemmer um Richtigstellung wie folgt:**

Frau Pfeiffer sagt: ... 4800 oder so was...

Frau Nytsch sagt: ... irgendwas um die 3700

Anlage - Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2013

<u>Kostenstelle</u>	<u>Mehrausgabe</u>	<u>Begründung</u>
11.11.06 Repräsentationen, Ehrungen	2.005,15 €	
11.16.00 Rathaus, Leasing	12.276,72 €	Planungsfehler übernommen aus alten Plänen
11.16.00 Rathaus, Versicherungen	12.291,77 €	u.a. Einbruchschaden Paulus-Schule und Dorfgemeinschaftshaus
11.16.00 Rathaus, Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	19.885,23 €	Planungsfehler übernommen aus alten Plänen
11.16.00 Rathaus, Gerichtskosten, Notarkosten	21.802,87 €	Rechtsstreit Rentsch, Sanierung Gutsplatz
12.22.01 Meldewesen, Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	5.849,06 €	Umstellung auf neue Software MESO
12.60.01 Brandschutz, Unterhaltung der Grundstücke	3.061,72 €	Feuerwehrgärtehaus Wartha
12.60.01 Brandschutz, Energie	7.453,24 €	
12.60.01 Brandschutz, Halung von Fahrzeugen	9.464,27 €	"alte" Drehleiter repariert
21.11.01 Grundschule, Sach- und Dienstleistungen	22.084,84 €	Grundstücksunterhaltung, Wärme, Dienstleistungen
21.11.01 Grundschule, Reinigung	32.358,18 €	Planungsfehler übernommen aus alten Plänen
51.10.01 Bauamt, Personalauszahlungen	36.822,24 €	Planzahlen vom KVS geliefert abzgl. Auflösung Rückstellung ATZ
53.70.03 Müllbeseitigung, Rasenmähd	11.452,64 €	
53.80.04 Schmutzwasser, Abwasserabgabe	24.663,74 €	2 Jahre erhoben
54.10.01 Gemeindestraßen, Unterhaltung	58.803,47 €	dagegen stehen jedoch Mittel für Winterschädenbeseitigung (50.054€)
54.52.01 Winterdienst	15.411,38 €	
55.20.02 Gewässerschutz, Sanierung der Gräben	38.042,76 €	Gefahr im Verzug, durch Vernachlässigung in den letzten 10 Jahren
57.30.01 Dorfgemeinschaftshaus Eutrich, Energie	3.667,21 €	Planungsfehler übernommen aus alten Plänen
57.30.03 Märkte, Regionalschau	3.868,05 €	Höhe der Ausgaben war bei Planung falsch eingeschätzt

Königswartha, den 19.08.2014